

Jährlich 20 000 neue Pflegekräfte nötig

THEMENABEND Staatssekretär für Abbau bürokratischer Hemmnisse – Immer mehr demenzkranke Menschen

Das deutsche Gesundheitssystem steht vor großen Aufgaben. Immer mehr Menschen müssen versorgt werden.

VON PETER BIEL

KIRCHHATTEN – Groß war das Interesse der Bürger und der in der Pflege Beschäftigten am Vortrag „Pflegegipfel 2015 – Wie sichern wir gute Pflege?“, zu dem CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen gemeinsam mit den Hatter Christdemokraten am Dienstagabend in den Gasthof „Zum Deutschen Hause“ nach Kirchhatten eingeladen hatte.

Zu Gast war Staatssekretär Karl-Josef Laumann, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patienten sowie Bevollmächtigter für die Pflege. Insbesondere hochbetagte Menschen, so Laumann, würden derzeit Leistungen aus der Pflegeversicherung bekommen. Über zweieinhalb Millionen Senioren brauchen aber auch Menschen, die sich



Informationen zum Thema Pflege: Staatssekretär Karl-Josef Laumann, Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen und CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender Bernhard Collin (von links).

BILD: PETER BIEL

um sie kümmern und betreuen. Es werden Pflegekräfte benötigt, die freiwillig gerne pflegen. 700 000 Kräfte stehen für diese Aufgabe derzeit zur Verfügung, jedes Jahr werden aber 20 000 neue Kräfte benötigt. Deshalb müsse die Pflege zu einem hochangesehenen Beruf werden, so der Staatssekretär. Bestehende Gräben zwischen der Kranken- und Altenpflege müssen zuge-

schüttet werden, war eine Forderung von Laumann, ebenso die Entlastung von bürokratischen Erhebungen, die die Arbeit über Gebühr belasten. Auch die Tagespflege müsse ausgebaut werden.

Das Amt des Bevollmächtigten für die Pflege ist mit dem Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2004 geschaffen worden.

Der Beauftragte soll vor allem darauf hinwirken, „dass die Belange von Patienten besonders hinsichtlich ihrer Rechte auf umfassende und unabhängige Beratung und objektive Information durch Leistungserbringer, Kostenträger und Behörden im Gesundheitswesen und auf die Beteiligung bei Fragen der Sicherstellung der medizinischen Ver-

sorgung berücksichtigt werden.“

Die Bundesministerien müssen die beauftragte Person bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben beteiligen, soweit sie Fragen der Rechte und des Schutzes von Patienten behandeln oder berühren. Ziel sei es, dass der Beauftragte die Weiterentwicklung der Patientenrechte

unterstützt und Sprachrohr für Patienteninteressen in der Öffentlichkeit ist.

Seit Januar 2014 soll der Pflegebevollmächtigte auf Kabinettsbeschluss darüber hinaus auch die Belange der Angehörigen, der Pflegekräfte sowie aller in der Pflege Beschäftigten wahren und sich dabei für die Umsetzung der Qualitätssicherung in der Pflege, für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Teilhabe Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger einsetzen.

Astrid Grotelüschen will wegen der herausragenden Bedeutung die Themen Gesundheit und Pflege in den Mittelpunkt ihrer Arbeit im Wahlkreis stellen und konstatierte, dass Deutschland diesbezüglich zwar sehr gut aufgestellt und gut versorgt sei, das Gesundheitssystem dennoch vor großen Herausforderungen stehe und Antworten der Politik unter anderem hinsichtlich der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum und der wachsenden Zahl demenzkranker Menschen erforderlich sein werden.